

„Wir wollen einen friedlichen Islam wie auch ein friedliches Christentum“

Von Gisela Schwadorf

5. Oktober 2018 12:38



Erklärung

„Wir wollen einen friedlichen Islam wie auch ein friedliches Christentum“

Nicht erst seit dem Streit über die Flüchtlingsthematik ist das Verhältnis der deutschen Mehrheitsgesellschaft zum Islam angespannt, aber die Spannungen haben sich noch einmal erheblich verstärkt. Die seit den siebziger Jahren auf den Weg gebrachte Debatte über den Islam in Deutschland und die Integrationsbereitschaft der Muslime in die deutsche Gesellschaft droht infolgedessen um Jahrzehnte zurückgeworfen zu werden. Die schweren Konflikte in islamisch geprägten Ländern haben in ihrer Rückwirkung auf die islamischen Gemeinschaften hierzulande zu Zerwürfnissen und Misstrauen in der Gesellschaft geführt, die sich mancherorts in einem Fanatismus von verbaler bis hin zu physischer Gewalt äußern. Radikalisierungen bei Muslimen und Nichtmuslimen schaukeln sich hoch.

In dieser Situation wendet sich die Georges-Anawati-Stiftung, die sich der Förderung der Begegnung von Menschen christlicher und muslimischer Tradition verpflichtet weiß, an die Öffentlichkeit. Sie tut dies mit einem Zitat aus dem letzten Interview ihres Namensgebers Georges Anawati: „Wir wollen einen friedlichen Islam wie auch ein friedliches Christentum“.

Die Stiftung wendet sich an die Medien und an die Politik mit der Forderung, in ihren Aussagen Sachlichkeit, Wahrhaftigkeit und Selbstkritik zu zeigen und sich dem Prinzip der Fairness zu verpflichten.

1.
Die Georges-Anawati-Stiftung erhofft von den Medien, dass sie dieses Anliegen in ihrer täglichen Arbeit unterstützen. Sie wendet sich auch an die Nutzer der Social Media, sich ihrer Verantwortung für den gesellschaftlichen Frieden und den Zusammenhalt der Gesellschaft bewusst zu werden. Der differenzierten Darstellung muss im Hinblick auf die Ambiguität des Islam Vorrang gegeben werden, um vereinfachende, schnelle Antworten zu verhindern. Das Zurückhalten von Nachrichten und das bewusste Verschweigen von Sachverhalten, etwa religiöse Bindung oder kulturelle Abhängigkeit, gefährdet das Vertrauen in die Medien. Politische Korrektheit darf nicht gegen eine umfassende Informationspflicht ausgespielt werden. Dies könnte das Gegenteil von dem bewirken, was erreicht werden soll, nämlich den sachlichen Umgang mit religiösen Überzeugungen. Talkrunden wirken kontraproduktiv, wenn sie radikalen Muslimen ein Forum bieten und so das Misstrauen gegenüber dem Islam anheizen. Oft vernachlässigt werden in der Darstellung des Islam in der Öffentlichkeit die in Deutschland lehrenden muslimischen Theologinnen und Theologen, die eine Vielfalt islamischen Denkens verkörpern. Im publizistischen Bereich sehen wir gravierende Defizite, wenn die Expertisen der universitären Islamwissenschaftlerinnen und Islamwissenschaftler und muslimischer Theologinnen und Theologen nicht abgefragt werden – ,womöglich weil sie die populistischen Thesen nicht gelten lassen und damit der Einschaltquote und dem Verkauf schaden würden.

2.
Seit geraumer Zeit fragen sich viele Mitbürgerinnen und Mitbürger in Deutschland: „Was ist das für ein Islam, mit dem wir es bei uns zu tun haben?“ Die Politik hat sich dieser Frage angenommen. Wegweisend war 2006 die Einberufung der Deutschen Islamkonferenz. Ein wichtiger Schritt für die Beheimatung der Muslime und des Islam in Deutschland war die Schaffung von Zentren für islamische Theologie an mehreren Universitäten. Damit war und ist die Erwartung verbunden, muslimischen

Theologinnen und Theologen einen Freiraum für Lehre und Forschung zu eröffnen und Muslime am gesellschaftlichen Diskurs teilhaben zu lassen. Doch die derzeitige Religionspolitik hat in ein Dilemma geführt. Die gewünschte Mitwirkung der islamischen Religionsgemeinschaften analog der Mitwirkung der Kirchen bei der Besetzung von Lehrstühlen sowie bei der Erteilung der Lehrbefähigung (idschaza) an muslimische Lehrkräfte stößt auf Schwierigkeiten. Da es in Deutschland für die Muslime keine den Kirchen vergleichbare Organisationsform gibt, man andererseits aber dem Religionsverfassungsrecht genügen muss, wurde islamischen Verbänden eine völlig neue Aufgabe gegeben. Sie treten als Ansprechpartner an die Stelle der im Gesetz genannten Religionsgemeinschaften. Durch die Rückbindung der großen Islamverbände an die staatlichen und/oder religiösen Strömungen der Herkunftsländer kommt es innerhalb der gegenwärtigen Religionspolitik in Deutschland zu Irritationen. Das breite Spektrum des in Deutschland gelebten Islam wird mit diesem Verfahren derzeit nicht berücksichtigt.

Daher richtet die Georges-Anawati-Stiftung an die Politik und die Mandatsträgerinnen und -träger den Appell, auf die Unabhängigkeit islamischer Religionsgemeinschaften zu achten, sofern sie Partner für staatliches Handeln nach dem Religionsverfassungsrecht werden sollen. Für das gedeihliche Zusammenleben von Menschen unterschiedlicher Religionszugehörigkeit und verschiedener nationaler Herkunft wird es in Zukunft wesentlich sein, dass Politik offen sagt, welche gesellschaftspolitische Erwartung sie an die Muslime hat. Das hilft Missverständnisse zu vermeiden, steuert gegen eine Spaltung der Gesellschaft und führt zu einer gleichberechtigten Teilhabe aller Menschen in der modernen Gesellschaft.

Brühl, 29. September 2018

Georges-Anawati-Stiftung: Kontakt: Werner Höbsch, Hermannstr. 8, 50321 Brühl,
Mail: kontakt@anawati.de